



ZDF-Politbarometer Sept. I 2014

ZDF-Politbarometer Sept. I 2014
Mehrheit für schärfere Wirtschaftssanktionen gegen Russland - aber gegen mehr NATO-Truppen in Polen und im Baltikum
Grundsätzlich unterstützt eine Mehrheit von 54 Prozent aller Befragten eine Verschärfung der ökonomischen Strafmaßnahmen gegen Russland, auch wenn das wirtschaftliche Nachteile für uns mit sich bringt (dagegen: 38 Prozent; Differenzen zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht"). In dieser Frage sind sich die Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen mit Werten um jeweils 60 Prozent einig, während die Anhänger der Linken und der AfD härtere Sanktionen überwiegend ablehnen.
Sorge über Russlands außenpolitischen Kurs
Fast drei Viertel der Bundesbürger (72 Prozent) machen sich große Sorgen über Putins aktuelle Politik (nicht so große Sorgen: 27 Prozent). Wenig Hoffnung verbinden die Befragten dabei mit dem Vorschlag, im Osten der Ukraine eine autonome Region zu schaffen: Nur 22 Prozent glauben, dass damit ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen erreichbar wäre (glauben nicht: 68 Prozent).
Russland auch eine Bedrohung für Polen und baltische Staaten
Zwar meint eine Mehrheit von 52 Prozent, dass die russische Politik eine Bedrohung für die NATO-Länder Polen und die baltischen Staaten darstellt (keine Bedrohung: 37 Prozent), dennoch findet eine deutliche Verstärkung der Truppen durch die NATO zum Schutz dieser Länder nur bei 31 Prozent Unterstützung, 57 Prozent sprechen sich dagegen aus.
Keine Mehrheit für Waffenlieferungen an Kurden im Irak
Lediglich 40 Prozent aller Befragten finden es richtig, dass Deutschland jetzt Waffen in den Irak liefert, damit sich die Kurden besser gegen den Terror des "Islamischen Staates" (IS) wehren können. Eine Mehrheit von 55 Prozent lehnt dies weiter ab. Lediglich die Anhänger der CDU/CSU sprechen sich mehrheitlich (52 Prozent) für diese Waffenlieferungen aus, alle anderen Parteianhänger-Gruppen sind überwiegend dagegen. Vor zwei Wochen waren bei einer ähnlichen Fragestellung allerdings nur 27 Prozent für Waffenlieferungen.
Projektion: AfD im Aufwind nach der Wahl in Sachsen
Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 42 Prozent (plus 1) und die SPD auf unverändert 25 Prozent. Die Linke könnte mit 9 Prozent (unverändert) und die Grünen ebenfalls mit 9 Prozent (minus 1) rechnen. Die FDP bekäme jetzt nur noch 3 Prozent (minus 1) und die AfD 6 Prozent (plus 2). Die anderen Parteien zusammen erzielten 6 Prozent (minus 1). Neben Schwarz-Rot würde es damit auch für Schwarz-Grün reichen, während Rot-Rot-Grün keine Mehrheit zum Regieren hätte. Rechnerisch wäre auch eine Koalition aus CDU/CSU und AfD möglich.
Deutliche Mehrheit gegen Zusammenarbeit von CDU/CSU und AfD
Nur jeder Fünfte (21 Prozent) spricht sich dafür aus, dass sich die CDU/CSU langfristig für eine Zusammenarbeit mit der AfD öffnen soll, 62 Prozent sind dagegen. Besonders deutlich lehnen die Anhänger der CDU/CSU einen Öffnungskurs Richtung AfD ab: Nur 16 Prozent befürworten das, 73 Prozent sprechen sich dagegen aus.
Weiter Skepsis, dass die AfD langfristig erfolgreich ist
Auch wenn jetzt 29 Prozent (August: 18 Prozent) glauben, dass die AfD langfristig erfolgreich sein wird, erwartet eine Mehrheit von 54 Prozent (August: 64 Prozent) das nicht. Lediglich die Anhänger der AfD sind da überwiegend (88 Prozent) optimistisch.
Große Zweifel, dass sich die FDP wieder erholt
Nach ihrer Abwahl in Sachsen ist die FDP in keiner Landesregierung mehr vertreten. Auch im Bundestag und in vielen Landtagen ist sie an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Lediglich 27 Prozent glauben, dass sie sich bis zur nächsten Bundestagswahl so weit erholen wird, dass sie den Einzug in den Bundestag wieder schafft, 67 Prozent glauben das nicht.
Top Ten
Weiterhin führt Bundeskanzlerin Angela Merkel die Liste der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker/innen an. Sie erreicht jetzt auf der Skala von +5 bis -5 einen geringfügig verschlechterten Durchschnittswert von 2,5 (Aug.: 2,6). Auf Platz zwei liegt Frank-Walter Steinmeier mit ebenfalls etwas verschlechterten 1,9 (Aug.: 2,1). Danach folgen Wolfgang Schäuble mit unveränderten 1,8, Sigmar Gabriel mit nur noch 1,1 (Aug.: 1,3), Thomas de Maizière mit unveränderten 0,9, Peer Steinbrück mit 0,8 (Aug.: 0,9), Ursula von der Leyen mit deutlich schlechteren 0,6 (Aug.: 0,9), Gregor Gysi mit 0,3 (Aug.: 0,4) und Andrea Nahles mit unveränderten 0,3. Schlusslicht bleibt Horst Seehofer mit 0,2 (unverändert).
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 2. bis 4. September 2014 bei 1179 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteiateil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 46 Prozent, SPD: 27 Prozent, Linke: 7 Prozent; Grüne: 7 Prozent, FDP: 2 Prozent, AfD: 8 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 26. September 2014. Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage auf www.forschungsgruppe.de
ZDF
ZDF-Strasse 1
55100 Mainz
Deutschland
Telefon: +49 (0) 6131-700
Telefax: +49 (0) 6131-70-12157
URL: <http://www.zdf.de>


Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.